

- 19. Legislaturperiode -

Ergebnisprotokoll Der 33. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 01.11.2018

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:10 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Meyer
Herr Staatsrat Deutschendorf

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann
in Vertretung für Herr Crueger
Herr Senkal
Frau Sprehe
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Scharf
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe
Herr Bücking

Die Linke

Frau Bernhard (bis 17:00)

FDP-Fraktion

Herr Buchholz

II Verwaltung

Frau Prof. Dr. Reuther
Frau Rüpke
Frau Kamp
Frau Langenbach
Herr Polzin
Herr Viering
Herr Dr. Sünemann
Herr Hürter
Herr Klugkist
Frau Haubold
Frau Honemann
Herr Bewer
Frau Gerken
Herr Eickhoff
Herr Viebrock-Heinken
Herr König
Herr Knode
Frau Kulmann
Frau Cordes
Frau Zimmermann
Frau Pieper

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

Amt für Straßen und Verkehr

III Gäste

Herr Behrens	swb AG
Frau Wulff	Beirat Gröpelingen
Herr Gaebelein	

IV Gastdeputierte

Frau Schiemann	SPD-Fraktion
Herr Saffe	Fraktion B'90/ Die Grünen
Frau Dr. Schaefer	Fraktion B'90/Die Grünen
Herr Imhoff	CDU-Fraktion
Herr Schwarz	CDU-Fraktion
Herr Janßen	Fraktion DIE LINKE

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 33. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Frau Neumeyer gibt folgende Erklärung ab: „In der letzten Sitzung wurde auf Zuruf einer SPD-Abgeordneten der TOP „Zweckentfremdung von Wohneigentum“ ausgesetzt. Der Vorsitzende hatte dann sofort die Sitzung geschlossen, ehe ich reagieren konnte, hatte bereits die Hälfte der Abgeordneten die Sitzung verlassen. Auch die Verwaltung hatte keine Kenntnis davon, dass dieser TOP von der Tagesordnung genommen werden sollte. Das ist eine Missachtung der Opposition. Das ist kein Umgang mit Abgeordneten, die eine Berichtsbitte hatten, die auch auf der Tagesordnung war und vorgelegen hat.“

Der Bericht zu **TOP 22c)** „Grünzeitlänge Lichtsignalanlage Leher Heerstr./Vorstraße“ liegt als **Tischvorlage** aus.

Zu **TOP 15** „Integriertes Verkehrskonzept Überseestadt“ liegt ein **Antrag der Fraktionen B 90/Die Grünen und der SPD** vor (siehe Anlage zum Protokoll).

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen <ul style="list-style-type: none">• Protokoll 19/31 der Sitzung am 23.08.2018	
-------	--	--

Frau Sprehe erinnert daran, dass das Gutachten zu Tempo 30 vor Schulen und Kitas den Deputierten zur Verfügung gestellt werden sollte.

[Das Gutachten ist unter folgendem Link zu finden:

https://www.asv.bremen.de/sixcms/media.php/13/Bericht_T30_an_Kitas_und_Schulen_ver1.2_28-08-2018.pdf]

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokollen zu.

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 4	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 140 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Neubauvorhabens in Bremen-Gröpelingen (Seewenjestraße) - Planaufstellungsbeschluss - Öffentliche Auslegung FB 01/ 6-	Vorlage 19/527
--------------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 140 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Neubauvorhabens in der Seewenjestraße in Bremen-Gröpelingen nach § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 140 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Neubauvorhabens in der Seewenjestraße in Bremen-Gröpelingen (Bearbeitungsstand 04.10.2018) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 140 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Neubauvorhabens in der Seewenjestraße in Bremen-Gröpelingen (Bearbeitungsstand 04.10.2018) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 5	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 133 (zugleich Vorhaben und Erschließungsplan) für eine Bebauung westlich der Blumenstraße zwischen Ostertorsteinweg und Beim Steinernen Kreuz in Bremen-Mitte - Planaufstellungsbeschluss - Öffentliche Auslegung FB 01/ 6-	Vorlage 19/522
--------------	--	-------------------

Herr Bücking überreicht namens der Bürgerinitiative Blumenstraße Unterschriften, die sich gegen das Vorhaben in der jetzigen Dimension wenden.

Herr Viering erläutert, dass die Einwendung der Bürgerinitiative im Rahmen der öffentlichen Auslegung einbezogen und abgewogen werde.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 133 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für eine Bebauung westlich der Blumenstraße zwischen Ostertorsteinweg, Bauernstraße und Beim Steinernen Kreuz in Bremen-Mitte nach § 13a BauGB als Bebauungsplan der

*Innenentwicklung aufgestellt werden soll
(Planaufstellungsbeschluss).*

2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 133 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für eine Bebauung westlich der Blumenstraße zwischen Ostertorsteinweg, Bauernstraße und Beim Steinernen Kreuz in Bremen-Mitte (Bearbeitungsstand 21.09.2018) einschließlich Begründung zu.*
3. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 133 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für eine Bebauung westlich der Blumenstraße zwischen Ostertorsteinweg, Bauernstraße und Beim Steinernen Kreuz in Bremen-Mitte (Bearbeitungsstand 21.09.2018) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.*

Einstimmig

TOP 6	<p>Bebauungsplan 2474 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Alter Dorfweg und Kirchhuchtinger Landstraße</p> <ul style="list-style-type: none"> - Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft -FB 01/ 6- 	Vorlage 19/520
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes 2474 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Alter Dorfweg und Kirchhuchtinger Landstraße (Bearbeitungsstand: 27.09.2018) abgesehen wird.*
2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplanes 2474 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Alter Dorfweg und Kirchhuchtinger Landstraße (Bearbeitungsstand: 27.09.2018).*

Einstimmig

TOP 7	<p>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 131 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Wohngebäudes mit gewerblicher Nutzung am Hohentorsplatz in Bremen-Neustadt</p> <ul style="list-style-type: none"> - Planaufstellungsbeschluss - Öffentliche Auslegung FB 01/ 6- 	Vorlage 19/521
--------------	---	-------------------

Die Tagesordnungspunkte 7 und 7a) werden gemeinsam beraten.

Herr König erläutert die Planung. Bereits 2008 war im Rahmen der Stadtsanierung Hohentor die Entscheidung getroffen worden, dieses Grundstück einer Bebauung zuzuführen. Die Fläche

sei auch ein wichtiger Baustein im Sofortprogramm Wohnen. Dort solle ein Wohngebäude mit 52 Wohnungen entstehen, davon 45 den Richtlinien des sozialen Wohnungsbaus entsprechend. Auf der Fläche befinden sich heute 19 öffentliche Stellplätze. Angesichts dieser Tatsache wurde im Zuge dieses Bebauungsplanverfahrens eine Parkraumanalyse erstellt. Danach seien in einem 200m- Radius um die Fläche von den rund 270 Stellplätzen im Laufe des Tages im Durchschnitt immer ca. 30 Parkplätze frei. Während der Erhebung waren zudem aufgrund einer Baumaßnahme weitere 54 Parkplätze nicht nutzbar. Insgesamt habe dies zu der Einschätzung geführt, dass die Parkraumversorgung akzeptabel sei. Für das neue Gebäude können vier Stellplätze auf dem Grundstück hergestellt werden und im weiteren Verfahren werde ein Mobilitätskonzept mit dem Vorhabenträger vereinbart.

Herr Imhoff hält den Wegfall der 19 Stellplätze für problematisch. Der Parkdruck sei in Bremen insgesamt hoch. Insofern müsse in dem Mobilitätskonzept nach Lösungen gesucht werden, damit weitere Stellplätze in der Nähe entstehen können.

Frau Schiemann regt an, das Parkraumkonzept für den Bereich insgesamt zu überdenken. Beispielsweise seien viele der Parkplätze unter der B75 durch Wohnanhänger, Wohnmobile und LKW belegt. Dort könnte z.B. über ein Park & Ride- Angebot nachgedacht werden.

Herr Staatsrat Deutschendorf fasst zusammen, dass durch die gute ÖPNV- Anbindung an dieser Stelle, das vorzulegende und zu erwartende Mobilitätskonzepts und unterstützt durch die vorgenommene Untersuchung die Parkplatzproblematik angemessen aufgearbeitet sei. Ziel sei es die Nutzung der Flächen in der Stadt zu verbessern und die Flächen aufzuwerten. Und diese Fläche könne man besser nutzen, als dort Autos abzustellen.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 131 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Wohngebäudes mit gewerblicher Nutzung in Bremen-Neustadt nach § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 131 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Wohngebäudes mit gewerblicher Nutzung am Hohentorsplatz in Bremen-Neustadt (Bearbeitungsstand 24.09.2018) einschließlich Begründung zu.*
- 3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 131 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Wohngebäudes mit gewerblicher Nutzung in Bremen-Neustadt (Bearbeitungsstand 24.09.2018) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.*

Zustimmung

bei Enthaltung der Fraktion der FDP

TOP 7a)	Bericht über die geplanten Parkplätze im Zuge der Bebauung des Baugrundstücks am Hohentorsplatz -6, 5/ASV-	BdV mündlich
----------------	---	-----------------

Beschluss

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 8	Flächennutzungsplan Bremen 3. Änderung Bremen - Sebaldsbrück (Umweltbildungszentrum Vahrer Feldweg) Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft -61- / -FB-01-	Vorlage 19/523
--------------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt den Bericht zum Entwurf des Planes zur 3. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen (Bearbeitungsstand 15.05.2018).

Einstimmig

TOP 9	Bebauungsplan 2478 für ein Gebiet in Bremen-Sebaldsbrück zwischen Ludwig-Roselius-Allee, Im Holter Feld, Vahrer Feldweg und Vahrer Straße • Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung • Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft - 61- / - FB-01 -	Vorlage 19/524
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans 2478 für ein Gebiet in Bremen-Sebaldsbrück zwischen Ludwig-Roselius-Allee, Im Holter Feld, Vahrer Feldweg und Vahrer Straße (Bearbeitungsstand: 27.09.2018) einschließlich Begründung abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplans 2478 für ein Gebiet in Bremen-Sebaldsbrück zwischen Ludwig-Roselius-Allee, Im Holter Feld, Vahrer Feldweg und Vahrer Straße (Bearbeitungsstand: 27.09.2018).

Einstimmig

TOP 10	Bebauungsplan 2449 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Willakedamm und Am Haßkamp • öffentliche Auslegung -64- / -FB-01-	Vorlage 19/526
---------------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans 2449 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Willakedamm und Am Haßkamp (Bearbeitungsstand: 25.09.2018) einschließlich Begründung zu.

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2496 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Willakedamm und Am Haßkamp (Bearbeitungsstand: 25.09.2018) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 11	Petition S 19/26 Gefahrenstelle an der Wilhelm-Kaisen-Brücke durch Fahrradverkehr in beiden Fahrtrichtungen Stellungnahme der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft -ASV-	Vorlage 19/487
---------------	--	-------------------

Auf die Nachfrage von **Herrn Strohmann** erläutert **Herr Senator Dr. Lohse**, dass einerseits die subjektive Wahrnehmung zu sehen sei, andererseits die objektiven Unfallstatistiken der Polizei. Diese weisen keine erhöhten Unfallzahlen aus. Gleichwohl habe es einzelne Unfälle gegeben. Deswegen wurde vom Ressort der Vorschlag gemacht, über die geplante Fuß- und Radverkehrsbrücke den Bereich zu entlasten. Dazu seien die Planungsarbeiten im Gange.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der Stellungnahme an den Petitionsausschuss zur Petition S 19/26 entsprechend der Anlage zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um deren Weiterleitung an den Petitionsausschuss.

Einstimmig

TOP 12	Waller Heerstraße Fahrbahnerneuerung im Zusammenhang mit Kanalbauarbeiten und Gleisersatzbau -ASV-	Vorlage 19/518
---------------	--	-------------------

Auf die Nachfrage von **Herrn Strohmann** erklärt **Frau Pieper**, dass im Rahmen der Baustellenkoordination eine Abstimmung erfolgt sei.

Frau Sprehe begrüßt, dass durch die gemeinsame Vergabe von hanseWasser und der BSAG eine umfangreiche Sanierung erfolge. Das sei für viele andere Straßen in Bremen ebenfalls wünschenswert.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und der Finanzierung zu.

Einstimmig

TOP 13	Gröpelinger Heerstraße Fahrbahnerneuerung im Zusammenhang mit Gleisersatzbau- arbeiten der Bremer Straßenbahn AG -ASV-	Vorlage 19/519
---------------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und der Finanzierung zu.

Einstimmig

TOP 14	EFRE Bremen 2014 – 2020, Naherholungspark Bremer Westen – Rundweg In den Wischen -30-	Vorlage 19/483
--------	---	-------------------

Die Tagesordnungspunkte 14-17 und 20 werden gemeinsam beraten.

Herr Knode erläutert die Vorlage.

Herr Hamann weist darauf hin, dass dieses Projekt nur durch die Finanzierung aus EU- Mitteln möglich sei. Dies zeige, wie wichtig Europa für Bremen sei.

Frau Wulff berichtet, dass der Beirat den Rundweg In den Wischen am 24. Oktober 2018 behandelt und einhellig begrüßt habe. Der Beirat freue sich, dass es auch insgesamt beim Integrierten Entwicklungskonzept Gröpelingen (IEK) vorangehe und hoffe, bald erste Maßnahmen umgesetzt zu sehen.

Herr Bücking weist darauf hin, dass mit diesem Maßnahmenbündel etwas dazu beigetragen werde, den Stadtraum, die Bildungslandschaft, die Ausstattung mit Parks, die Wegebeziehungen usw. für Gröpelingen zu verbessern. Die Bewohnerinnen und Bewohner von Gröpelingen verdienten nicht nur durchschnittlich wenig Geld, sondern hätten auch viel von der Aufgabe zu lösen, dass Bremen 10.000 bis 15.000 Menschen zusätzlich aufgenommen habe. Diese wohnten im Wesentlichen in Stadtteilen wie Gröpelingen oder Marßel oder Blumenthal. Diese Menschen unterzubringen sei eine große Herausforderung für die Nachbarschaft, die Schulen und vieles mehr. Die heute vorgelegten Maßnahmen tragen ein bisschen dazu bei, dies fair zu organisieren.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorliegenden Entwurfsplanung für den Naherholungspark Bremer Westen, Teilmaßnahme Rundweg In den Wischen, zu.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der dargestellten Finanzierung zu.*

Einstimmig

TOP 15	„Integriertes Verkehrskonzept Überseestadt (IVK)“ Handlungskonzept und erste Maßnahmen -5-	Vorlage 19/500
--------	--	-------------------

Herr Staatsrat Deutschendorf berichtet, dass in der Überseestadt bereits viele Arbeitsplätze und Wohnungen entstanden seien und immer noch Raum für mehr Wachstum vorhanden sei. Dies sei für Bremen eine sehr gute Entwicklung. Aber die Verkehrsinfrastruktur gerate dort an ihre Grenzen und es bestehe dringender Handlungsbedarf. Es wurde ein Gutachten beauftragt, das nach einem intensiven Beteiligungsprozess noch überarbeitet wurde. Der kritischste Debattenpunkt war die Verbindung zwischen Hafenstraße und Nordstraße gewesen. Diese werde nun nicht umgesetzt.

Mit dieser Vorlage können die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden, um die ersten Maßnahmen zeitnah umzusetzen. Geplant seien vor allem verkehrslenkende Maßnahmen,

Beschilderungen, Ampelschaltungen; Um- und Ausbaumaßnahmen an einzelnen Straßenabschnitten, Mobilpunkte, aber auch Überlegungen zu Verbindungen über das Wasser.

Herr Bücking ergänzt, dass auch die veränderten Überlegungen davon ausgingen, dass man den aufwachsenden PKW- Druck unbedingt bewältigen müsse. Neue Verkehrsbeziehungen müssten organisiert werden und nachdem Einigkeit bestand, dass man dem Waller Wied den Durchstich nicht zumuten könne, musste eine andere Antwort dafür gefunden werden. Im Wesentlichen sei dies der Linksabbieger Hansator und der Ausbau des Knoten Überseetor. Es bestehe die Sorge, dass dann der Waller Ring stärker genutzt werde. Hier müssten die Belange des Stadtteils Walle berücksichtigt werden. Die geplante Straßenbahn wäre für diese Überseestadt wirklich eine Entlastung, dafür werbe er stark. Ein faszinierendes und aussichtsreiches Thema sei es, Brücken zu organisieren zwischen den alten Schwesterstadtteilen Walle und Woltmershausen.

Die Koalition lege einen zweiten Text zur Abstimmung vor. Dieser stehe in keinem Widerspruch zur Vorlage der Verwaltung, pointiere einzelne Fragen deutlicher und spreche zusätzlich das Thema Walle an.

Herr Pohlmann stellt fest, dass inzwischen rund 14.000 Arbeitsplätze in der Überseestadt angesiedelt seien. Selbst als der Hafen noch boomte, habe es dort nur einen Bruchteil dieser Anzahl an Arbeitsplätzen gegeben. Die Strategie Arbeiten – Dienstleistung - Wohnen gehe auf. Entscheidender Punkt war immer die Debatte um das Waller Wied, diese kleine Enklave, die damals vom Zoll-Bereich eingekesselt war bilde eigentlich die Ureinwohnerschaft der Überseestadt. Dort keinen weiteren Durchstich zu machen, sei absolut richtig.

Herr Saxe führt aus, dass die Überseestadt auch zukünftig wachsen werde. Gleichzeitig habe man dort immer noch 2/3 Autoverkehrsanteil. Es werde daher eine kontinuierliche Aufgabe sein, die Überseestadt verkehrlich weiter zu entwickeln. Die kurzfristigen Maßnahmen seien gut, aber den großen Wurf könne man bei diesen Zuwächsen nur erzielen, wenn man sich auch an die größeren Projekte heranwage. Das sei einmal die Straßenbahn, diese müsse kommen und man müsse auch eine Verknüpfung mit der S-Bahn Richtung Huchting, Delmenhorst und Oldenburg herstellen. Wenn die Stephanibrücke saniert werde, dann müsse dort ein Haltepunkt eingerichtet werden, sodass man von dort eine Verknüpfung in die Überseestadt bekomme. Und auch die Brücken müssten kommen. Ohne diese großen Maßnahmen werde diese stark wachsende Überseestadt weiter im Verkehrskollaps bleiben. Fürs erste seien die kurzfristigen Maßnahmen ein guter Schritt.

Herr Strohmann sieht die Notwendigkeit und die Problematik in diesem Gebiet. Die geplanten Maßnahmen hätten auch schon ein paar Monate früher laufen können. Es störe ihn, dass man sich wieder auf die bekannten Projekte - die alle unterstützten - Straßenbahn, S-Bahn-Anschluss, Brückenbau, konzentriere und bei den Sofortmaßnahmen relativ verhalten sei. Es sei enttäuschend, dass die Pflasterung auf der Strecke der Linie 3 im Bereich Muggenburg nicht mit den Sofortmaßnahmen umgesetzt werden könne. Damit hätte die Linie 20 staufrei zum Bahnhof fahren können. Das war auch eine Forderung der Bewohner*innen der Überseestadt gewesen. Der Anschluss über die Straßenbahn sei unzureichend. Es fehle der Anschluss über die Straßenbahn an den Hauptbahnhof, wie mit der Linie 5 geplant. Diese fehlenden Maßnahmen schwächen den ÖPNV und die Leute setzten dann weiterhin auf das Auto. Trotz der Neustrukturierung werde die Linie 20 im Stau stehen.

Ansonsten seien die Sofortmaßnahmen in Ordnung. Perspektivisch brauche man eine Straßenbahnlinie, perspektivisch brauche man einen Übergang nach Woltmershausen. Dem Papier der Koalition werde seine Fraktion nicht zustimmen. Wenn es nichts anderes beinhalte, als die Vorlage der Verwaltung, brauche man kein zweites Papier. Die darin aufgeführten Maßnahmen hätten nicht in einer Tischvorlage stehen müssen. Ausschlaggebend sei das Linksabbiegeverbot vom Hansator in die Nordstraße. Diesen Punkt würde er gerne nochmal mit Fachexperten und mit den Leuten vor Ort ausdiskutieren, weil die Sorge bestehe, dass der Steffensweg als Ausweichstrecke genutzt werde. Darüber hätte man auch nächstes Mal beraten können. Deswegen werde seine Fraktion dem Antrag der Koalition nicht zustimmen.

Frau Sprehe ist sehr froh, dass der Durchstich beim Heimatviertel mit Hilfe der dortigen Bewohner*innen und der BI abgewendet werden konnte. Das habe Einfluss genommen auf die Umsetzung dieses Konzeptes, das sich dann verzögert habe, weil entsprechend andere Lösungen gefunden werden mussten. Der Verkehr müsse aus der Überseestadt raus, darüber bestehe Einigkeit. Dazu reiche es nicht, im Vorwege einzelne Sachen zu versuchen. Wenn an einer Ecke etwas geändert werde, dann habe das Auswirkungen auf den weiteren Bereich und erfordere auch an anderen Stellen Maßnahmen, um ein Verkehrskonzept aus einem Guss zu haben. Das habe man jetzt. Viele Maßnahmen sollen neu geplant werden, wie die Brücke nach Woltmershausen aber auch die Straßenbahn. Es sei ein laufender Prozess in dem man sehen werde, welche Maßnahmen Erfolge verzeichnen. Insbesondere werde der Wesertunnel sich auf den gesamten Verkehrsfluss in der Überseestadt entlastend auswirken. Aber bis dahin müsse mit allen Mitteln eine Entlastung herbeigeführt und dabei auch die Waller Bürger*innen nicht vergessen werden. Der Verkehr suche sich seinen Weg woanders. Deswegen müsse auch der weite Bereich um die Überseestadt mit betrachtet werden.

Herr Buchholz bedauert, dass zu wenig Zeit war, um zu dem Vorschlag der Koalition Rücksprache in seiner Fraktion zu halten. Er werde sich deswegen enthalten. Ebenso werde er sich zum Integrierten Verkehrskonzept Überseestadt enthalten, weil dieses auch Elemente enthalte, zu denen seine Fraktion einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht habe. Dazu solle heute ein Bericht beschieden werden, den Beschlussvorschlag werde er selbstverständlich ablehnen.

Herr Janßen begrüßt, dass von der ursprünglichen Planung abgewichen wurde und der Hafendurchstich entfallen sei. Dazu habe die Arbeit der Bürgerinitiative vor Ort aber auch der rege Austausch mit vielen Beteiligten seinen Beitrag geleistet. Er halte es für falsch, die vorgesehene Stelle beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen anzusiedeln. Diese müsste beim Verkehrsressort angesiedelt sein.

Herr Staatsrat Deutschendorf weist darauf hin, dass im Gutachten die Stärkung des Umweltverbundes im Vordergrund gestanden habe. Es habe auch für die Linie 20 Maßnahmen gegeben und im Zusammenhang mit der Linie 5 werde es eine weitere Stärkung des Umweltverbundes und eine Verlagerung der Verkehre dorthin geben. Aber es sei deutlich geworden, dass das nicht alleine ausreiche. Die Vorlage beinhalte einen sehr vernünftigen Mix mit Maßnahmen für alle Verkehrsträger.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den beigefügten Endbericht mit Anlagen zum Integrierten Verkehrskonzept Überseestadt zur Kenntnis und stimmt dem unter B. der Senatsvorlage vorgeschlagenen Handlungskonzept mit dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehen zu.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt die geplanten Sofortmaßnahmen unter B. der Senatsvorlage zur Kenntnis und bittet, den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die Voraussetzungen zu schaffen, um die weitergehende Umsetzung bzw. Planung einzuleiten.*
- 3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft befürwortet eine Bewerbung im Programm „Nationale Projekte des Städtebaus“ zur Planung und Realisierung einer Brücke über den Europahafen sowie zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie für einen Sprung über die Weser.*
- 4. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt zur Kenntnis, dass bei*

Auswahl für die 2. Phase der Antragstellung als „Nationales Projekt des Städtebaus“ im Sommer ein Beschluss über die Ko-Finanzierung des beantragten Projektes herbeizuführen ist.

Zustimmung
*bei Enthaltung der Fraktion der FDP
(Abwesenheit Frau Bernhard!)*

TOP 15b)	Antrag der Fraktionen B´90/Die Grünen zu TOP 15 (laut Anlage)	
----------	---	--

Zustimmung
*gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und
bei Enthaltung der Fraktion der FDP*

TOP 16	Kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses in der Überseestadt ergreifen! -5-	Vorlage 19/502
--------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt dem Bericht entsprechend der Anlage zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um dessen Weiterleitung an die Bremische Stadtbürgerschaft.

Zustimmung
gegen die Stimmen der Fraktionen CDU und FDP

TOP 17	Umsetzung des Integrierten Entwicklungskonzeptes Gröpelingen, Oslebshauer Park: Sanierung und Neugestaltung -72-	Vorlage 19/499
--------	---	-------------------

Frau Dr. Schaefer bittet darum, dass die Wiese, die in eine Spiel- und Liegewiese umgewandelt werden soll, insektenfreundlich mit Blühpflanzen gestaltet wird.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Planungen zur Sanierung und Umgestaltung des Oslebshauer Parks entsprechend des Integrierten Entwicklungskonzeptes Gröpelingen zur Kenntnis.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der dargestellten Finanzierung zu.*
- 3. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird gebeten über die Senatorin für Finanzen die notwendigen haushaltsrechtlichen Beschlüsse beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.*

Einstimmig

TOP 18	Oberschule Ohlenhof Neubau der Oberschule und Gestaltung des Campus Ohlenhof entsprechend dem „Integrierten Entwicklungskonzept (IEK) Gröpelingen“ Hier: Bau- und Kostenplanung unter Berücksichtigung der Ergänzungsmittel -72-	Vorlage 19/515
--------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Planungen des Neubaus der Oberschule Ohlenhof und der Gestaltung des Campus Ohlenhof entsprechend des Integrierten Entwicklungskonzeptes Gröpelingen zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der dargestellten Finanzierung zu.

Einstimmig

TOP 19	Integriertes Entwicklungskonzept (IEK) Gröpelingen: Quartierstreffpunkt Greifswalder Platz - Finanzierung der Qualifizierung des Spielplatzes aus dem Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt -72-	Vorlage 19/419
--------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Planung zur Qualifizierung des Spielplatzes und Quartierstreffpunktes Greifswalder Platz entsprechend des Integrierten Entwicklungskonzeptes (IEK) Gröpelingen zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der dargestellten Finanzierung zu.

Einstimmig

TOP 20	Integriertes Entwicklungskonzept (IEK) Gröpelingen: Öffnung des Quartiersbildungszentrums Morgenland ins Quartier Hier: Kostensteigerung nach Submission – Einsatz von Mitteln aus dem Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt -72-	Vorlage 19/512
--------	---	----------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die marktbedingte Kostensteigerung um rd. 130.000 € auf 1.322.000 € im Projekt „Öffnung des Quartiersbildungszentrums ins Quartier“ zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung der Mehrkosten zu.

Einstimmig

TOP 21	<p>Sanierungsgebiet Huckelriede / Sielhof, Bremen Neustadt: Revitalisierung eines Spielfeldes der Bezirkssportanlage Süd für gemeinnützige Zwecke Hier: Kostensteigerung nach Submission – Einsatz von Mitteln aus dem Städtebauförderungsprogramm Stadtumbau -72-</p>	Vorlage 19/513
---------------	--	----------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die marktbedingten Kostensteigerungen im Projekt um insgesamt rd. 130.000,- EUR auf 680.000,- EUR im Projekt „Revitalisierung eines Spielfeldes der Bezirkssportanlage Süd für gemeinnützige Zwecke“ zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung der Mehrkosten zu.

Einstimmig

TOP 22	Berichte der Verwaltung	
TOP a)	<p>Zweckentfremdung von Wohneigentum für private Vermietungsgeschäfte im Viertel -6, 7-</p>	BdV schriftlich

Frau Neumeyer stellt fest, dass der Bericht deutlich zeige, dass das in der Bürgerschaft verabschiedete Gesetz nicht umgesetzt werden könne. Es fehle Personal und Geld dafür. Das bestätige ihre Äußerung in der damaligen Debatte.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP a2)	Sachstand der Fernwärmeverbindungsleitung durch die swb AG	mündlich
----------------	---	----------

Herr Behrens erläutert anhand einer Präsentation den Planungsstand.

Herr Senator Dr. Lohse führt aus, dass vor dem Hintergrund der inzwischen auch spürbaren Klimaveränderung der Kohleausstieg beschleunigt werden müsse. Aber durch das Kraftwerk Hastedt werden zehntausend Wohneinheiten und das Mercedes-Werk mit Fernwärme versorgt. Wenn man den Block stilllegen wolle, müsse ein Ersatz dafür gefunden werden. Auf der anderen Seite sei das Müllheizkraftwerk in der Lage, deutlich mehr Wärme abzusetzen, als es im Moment an Abnehmern habe. Es liege nahe, diese beiden Dinge zusammen zu bringen. Dazu müssten die Stadtteile Horn und Schwachhausen überbrückt werden. Diese Maßnahme sei grundsätzlich sinnvoll, es sei keine Frage, ob eine Fernwärmeleitung gebaut werden, sondern eine Frage, wie man es machen könne.

Bevor der Vorhabenträger ein Vorhaben bei der Behörde beantrage, müsse er nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz öffentlich sagen, was er plane. Das tue die swb. Das, was die swb hier vorgetragen habe und mit Vor- und Nachteilen für die einzelnen Trassen belegt habe, werde, sobald eine Antrag gestellt wurde, Gegenstand der Prüfung der Verwaltung im Planfeststellungsverfahren sein. Dann werde die Verwaltung prüfen, ob sie zur gleichen Einschätzung der Trassen komme, auch unter Berücksichtigung der Beiträge aus der Bevölkerung und dem Beirat.

Herr Hamann regt an, bei einer solchen Baumaßnahme die Telekommunikationsunternehmen anzusprechen, um z.B. Glasfaserleitungen zu legen.

Herr Behrens erklärt, dass eine Abfrage bei den Leitungsträgern erfolge. Mit hanseWasser seien bereits Gespräche geführt worden.

Frau Schiemann möchte wissen, wie viele Bäume in der Kulenkampfallée weichen müssten. Wenn die Bäume in der Kulenkampfallée gefällt würden, dann verändert das das Gesicht dieser Allee völlig. Eine Unterscheidung nach schützenswerten Bäumen halte sie für kritisch. Ein Baum sei ein Lebewesen und jedes Lebewesen sei schützenswert.

Frau Dr. Schaefer betont, dass man nicht um den Fernwärmeausbau herumkomme, wenn man den Kohleausstieg beschleunigen wolle. Deswegen befürworte ihre Fraktion den Fernwärmeausbau. Der Anschluss an das Müllheizkraftwerk sei ein ökologischer Weg. Die Trasse über die Kulenkampfallée sei nach Darstellung der swb diejenige mit den geringsten ökologischen Auswirkungen. Trotzdem würden dort Bäume gefällt. Welche Bäume geschützt seien, sei definiert. Wenn Baumfällungen nicht zu vermeiden seien, müsste eine Kompensation erfolgen, möglichst vor Ort.

Die Planung der Baumaßnahme mit vier Bauabschnitten gleichzeitig sei sehr ambitioniert. Das erfordere eine gute Baustellenkoordination. Sie bittet um einen regelmäßigen Bericht über den Stand der Planung.

Herr Saffe fragt, ob der Fernwärmeblock im Kraftwerk Hastedt dann stillgelegt werde.

Herr Janssen hält es für einen guten Schritt, den Anschluss an das MHKW zu gewährleisten, um eine realistischere Perspektive für den Kohleausstieg zu haben und zeitlich eine kurzfristige Realisierung hinzubekommen. Er hätte die Trasse an der A 27 favorisiert, beuge sich aber der Macht des Faktischen, dass diese Trasse nicht realisierbar sei. Nachpflanzungen in der Kulenkampfallée seien auf der Trasse nicht möglich, das sei sehr schade. Er sei gespannt auf die weitere Diskussion in den Beiräten.

Herr Strohmann findet dieses Projekt nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern es sei auch wirtschaftlich ein wichtiges Projekt mit Blick auf die Überlegungen bei Mercedes-Benz. Leider würden ökologische Ansätze relativ schnell in sich zusammenfallen, wenn es um die eigene Straße, die eigene Nachbarschaft gehe. Er regt an, eine Baustellenkoordination als Ansprechstelle vor Ort einzurichten.

Herr Saxe weist auf den zu erwartenden Widerstand aus Schwachhausen hin. Daher müsse man versuchen, diesen Stadtteil mitzunehmen. Er stellt in Frage, ob wirklich alle Alternativen geprüft wurden. In der Beiratssitzung wurden zwei Vorschläge gemacht, zum einen, warum man die Trasse an der Autobahn nicht oberirdisch führen könne und zum anderen wurde eine Trasse an den Gleisen entlang am Kleingartengebiet vorgeschlagen. Dort müsste eine Trasse freigehalten sein, die ursprünglich mal für eine Verlängerung der Straßenbahn vorgesehen war. Es müsse geprüft werden, ob nicht noch eine Lösung gefunden werden könne, die im Stadtteil eine höhere Akzeptanz habe.

Fernwärme sei eine tolle Sache, aber er fragt, ob in Spitzenzeiten nicht doch ein Gaskraftwerk oder ähnliches als Ergänzung erforderlich sein werde.

Herr Staatsrat Meyer erläutert den Ablauf eines Planfeststellungsverfahrens. Die swb sei hier die Antragstellerin und die Planfeststellungsbehörde habe dann die Planrechtfertigung zu prüfen und insbesondere, ob sie in der Abwägung einer Trasse zum gleichen Ergebnis komme, wie die swb.

Herr Behrens antwortet, dass das Kohlekraftwerk in Hastedt stillgelegt werde, weil es früher oder später das Ende seiner Laufzeit erreichen werde. Die Fernwärmetrasse solle einen großen Teil der Erzeugung aus Steinkohle, zwischen 25 und 30%, ersetzen. Am Standort Hastedt werde eine deutliche umweltschonendere aber trotzdem konventionelle Erzeugung aufrechterhalten, aller Voraussicht nach gasbetrieben. Weiteres stehe noch nicht fest. Die Anregungen aus dem Beirat seien noch nicht abschließend bewertet, sie würden noch von der swb geprüft.

Den Vorschlag von Herrn Strohmann nach einer koordinierten Baustellenbegleitung findet er sehr gut. Die swb sehe sich in der Verantwortung für die Menschen, die dort unter einer solchen Baumaßnahme zu leiden hätten und wolle ein Stück alternative Mobilität vor Ort bereitstellen, z.B. Elektrofahrräder oder ein Shuttleservice zu weiter entfernten

Parkplatzflächen.

Zu den Kompensationen für die Baumfällungen müssten für das Plangenehmigungsverfahren noch Vorschläge erarbeitet werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP b)	Baustellenplanung im Zusammenhang mit der Sperrung der A 270 -ASV-	BdV schriftlich
---------------	--	--------------------

Herr Scharf ist nicht zufrieden mit dem Bericht. Es werde auf die Veranstaltung „Sommer in Lesmona“ Bezug genommen, die aber nur ein Wochenende betraf. Auf die Sperrung der Schafgegend für fast ein halbes Jahr oder die Sperrungen der Vegesacker Heerstraße und An der Aue, die ein Verkehrschaos verursacht hätten, werde nicht eingegangen.

Im Oktober 2017 sei ihm gesagt worden, dass die A 270 in einem tip top Zustand sei, im April noch war keine Sanierung geplant und nun musste plötzlich die Mittelnahnt gemacht werden. Wann die Strecke schon wochenlang dicht sein müsse, warum werde nicht gleich der gesamte Mittelstreifen gemacht?

Frau Dr. Schaefer erinnert daran, dass in der Deputation nur gesagt wurde, dass die A270 verkehrssicher sei.

Sie lobt die Kommunikation über die Zeitung, wo täglich zu entnehmen war, welcher Teilabschnitt an dem Tag gesperrt war. Das sei für viele Baustellen wünschenswert.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP c)	Grünzeitlänge Lichtsignalanlage Leher Heerstr./Vorstraße -ASV-	BdV schriftlich
---------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP d)	Außenlautsprecheransagen im straßengebundenen ÖPNV der BSAG -50-	BdV schriftlich
---------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

NACH-TRAG TOP e)	Zweiter Bericht Monitoring Wohnen und Bauen 2018 -71- / -72-	BdV schriftlich
-------------------------	--	--------------------

Herr Senator Dr. Lohse bietet an, den umfangreichen Bericht in einem Fachgespräch inhaltlich zu beraten. [dieses findet statt am 15.02.2019]

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 23	Verschiedenes	
--------	---------------	--

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

BSAG Haltestelle Bahnhof Schönebeck	Berichtswunsch von Frau Sprehe	17.01.2018
Umrüstung der Beleuchtung auf LED, Kostenvergleich, Insektenfreundlichkeit, Vermeidung von Light- Pollution	Berichtswunsch von Frau Schiemann, ergänzt von Herrn Imhoff und Frau Dr. Schaefer	17.01.2019
Laubgebläse	Berichtswunsch von Herrn Saxe	
Ergebnisse der Ideenmeisterschaft	Berichtswunsch von Herrn Bücking	06.12.2018
Sachstand Sparkassenareal	Berichtswunsch von Herrn Bücking	06.12.2018

Herr Pohlmann schließt die 33. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll

Antrag der Fraktionen B´90/Die Grünen

Entwurf für einen Beschluss für die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr und Landwirtschaft

Vorspann

Die Diskussion über die Verkehrsverhältnisse in der Überseestadt und die von den Gutachtern vorgeschlagenen Maßnahmen haben einige neue Einsichten hervorgebracht. Insbesondere die Bürgerinnen und Bürger aus dem Waller Wied und der Beirat Walle drängen auf Korrekturen. Im Zentrum der Kritik stand die Maßnahme S8 – Durchstich Hafestraße / Nordstraße, östlich vom Waller Wied. Auf diese Maßnahme soll verzichtet werden. Es ist also notwendig nach praktikablen Maßnahmen zu suchen, die die Abwicklung der anwachsenden Verkehre auf andere Weise möglich machen.

I. Verbesserung des zufließenden und abfließenden Verkehrs über das Hansator

Der Straßenzug Hansator – Hansestraße- Autobahnzubringer zur A 27 muss einen großen Teil des zu- und abfließenden Verkehrs der Überseestadt aufnehmen. Seine Leistungsfähigkeit ist daher von großer Bedeutung.

Das Ressort lässt zurzeit die Ampelschaltungen optimieren.

Darüber hinaus ist zu prüfen ob und wie die unteren Spuren beim Zubringer / Fly Over einen größeren Beitrag zur Abwicklung der Verkehre zur und von der Autobahn übernehmen können. (Das hier Reserven sind konnte man während der letzten Sperrung des Fly Overs beobachten)

Schließlich ist zu prüfen unter welchen Bedingungen auf den Links**aus**bieger aus dem Hansator in die Nordstraße verzichtet werden kann. Und ob die erhofften Effekte sich auf diesem Weg erreichen lassen.

II. Faire und sinnvolle Verteilung des Verkehrs an den in die Nordstraße einmündenden Straßen.

Wenn auf den Durchstich Hafestraße - Nordstraße (S8) verzichtet wird, muss der Verkehr zwischen den LLOYD Str., dem Hansator, dem Überseetor und der Emdener Straße verteilt werden. DH es ist damit zu rechnen, dass in jeder dieser Straßen der Verkehr zunimmt.

Am Knoten Überseetor muss ein Links**aus**bieger geschaffen werden um einen Teil des zusätzlichen Verkehrs abwickeln zu können. Mit der Vorbereitung dieser Baumaßnahme ist umgehend zu beginnen. Danach ist auf der Grundlage der Erfahrungen mit der Wirkung aller Maßnahmen zu prüfen, ob nach Fertigstellung der Weserquerung auch ein Linkseinbieger an diesem Knoten erforderlich ist.

Durch den Wegzug von Green Yard aus dem Nordwestlichen Teil des Großmarktgeländes entsteht die Möglichkeit die Erschließung des Großmarktes von der Marcuskaje an die Eduard Suhling Straße zu verlegen. Das erlaubt es einen großen Teil des LKW Verkehrs mit Quelle und Ziel in der Überseestadt auf dem Straßenzug Eduard Suhling Straße - Cuxhavenerstraße - Emdenerstraße abzuwickeln ohne dass andere Bereiche der Überseestadt in Mitleidenschaft gezogen werden. Es ist umgehend eine Machbarkeitsstudie zu veranlassen, die die Rahmenbedingungen dieser Maßnahme klärt.

III. ÖPNV

Die Deputation spricht sich dafür aus, in der Überseestadt in den ÖPNV zu investieren und eine Straßenbahn bis zum Waller Sand am Wendebecken zu bauen. Diese Maßnahme darf nicht in eine ferne Zukunft vertagt werden.

Es ist umgehend die Lage der optimalen Trasse für die Straßenbahn durch eine vergleichende Varianten Prüfung zu klären.

Anlage

zum Ergebnisprotokoll der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) Nr. 19/33 vom 01.11.2018

Es ist zu untersuchen, ob es möglich ist durch eine Verknüpfung mit anderen Projekten des Schienennetzausbaus eine Förderung aus GVFG Mitteln zu erreichen. Es ist ein Fahrplan zu erstellen in dem die einzelnen Schritte für die Realisierung dieses Projekts beschrieben sind.

Nach dem Wegfall der Güterbahnnutzung der Straßenbahntrasse der Linie 3 in der Überseestadt ist darzulegen, welche Maßnahmen erforderlich sind um die gemeinsame Nutzung dieser Trasse von Straßenbahn und Bussen zu ermöglichen.

IV. Brücken / Fähren / Verbindungen

Zu prüfen ist eine Verbesserung der Anbindung der Überssestadt für FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen.

Im Fokus muss dabei insbesondere die Schaffung einer Verbindung zwischen dem westlichen Teil der Überseestadt und der Waterfront in Gröpelingen stehen. Für das Wendebecken empfehlen die Gutachter einen Fährverkehr zwischen dem Waterfront-Gelände und der Überseestadt.

Zudem soll eine Verbindung über den Europahafen und die Weser nach Woltmershausen, die unter Umständen auch für ein ÖPNV-Angebot mit kleineren Fahrzeugen genutzt werden könnte, untersucht werden.

Die Deputation erwartet außerdem Initiativen für den Ausbau der Fährbeziehungen in die Überseestadt und ggf. die Einrichtung eines Wassertaxis.

Hinsichtlich der Schaffung einer S-Bahnstation an der Überseestadt bittet die Deputation um eine Untersuchung der möglichen Varianten, der Auswirkungen auf die Eisenbahnführung und die Stephanibrücke und die Darstellung der Rahmenbedingung und Kosten für eine Realisierung dieser Idee.

V. Walle entlasten und schützen

Die Beiräte in Walle haben die Sorge, dass sich die wachsende Verkehrsmenge auf Kosten des Stadtteils Schleichwege durch die Wohnstraßen sucht.

Deshalb spricht sich die Deputation dafür aus auf dem Waller Ring Gewichtsbeschränkung auf 3,5 Tonnen und Tempo Beschränkung auf 30 Km/h einzuführen. (Vorausgesetzt dies ist rechtlich möglich)

Das System der kleinen Wohnstraßen muss ebenfalls auf geeignete Weise geschützt werden. Ausweichverkehre in den Bereich von „Walle Central“ und in den Bereich des Osterfeuerberg sind wirksam zu unterbinden. Der Waller Beirat hat sich die verkehrliche Beruhigung dieser Ortsteile zum Ziel gesetzt. Dieses Ziel unterstützt die Deputation.

Dafür sollen die Verkehrsbehörden gemeinsam mit den Waller Beiräten einen geeigneten Maßnahmenplan erarbeiten und zeitnah umsetzen.

Robert Bücking, Ralph Saxe, Maike Schaefer, Jan Saffe

Jürgen Pohlmann, Heike Sprehe, Anja Schieman, Rainer Haman